

Info-Brief

Juni 2014

Weichenstellung für die beiden nächsten Jahre

Mitgliederversammlung des BBB in Berlin / Thiemo Fojkar einstimmig als Vorsitzender wiedergewählt / Bildungsverband geschlossen für einheitlichen Branchentarifvertrag

Die Mitgliederversammlung des Bildungsverbandes hat am Donnerstag Thiemo Fojkar einstimmig für weitere zwei Jahre zum Vorsitzenden des BBB gewählt. Bestätigt in ihren Ämtern wurden auch die stellvertretenden Vorsitzenden Rudolf Helfrich und Achim Albrecht. Als Vorstandsmitglieder wiedergewählt wurden Sigrid Baumann-Tornow, Wolfgang Gelhard, Reinhold Petermann, Dietrich Ponath, Hans Wolf von Schleinitz und Siegfried Schmauder. Neu

im Vorstand sind Jörg Becks und Dirk Jedan.

Fojkar ist Vorstandsvorsitzender des Internationalen Bundes und seit 2012 Vorsitzender des Bundesverbandes der Träger beruflicher Bildung e.V. Der Bildungsverband hat zurzeit 78 Mitglieder.

„Mit diesem deutlichen Votum für den alten und neuen Vorstand haben die Mitglieder des BBB unterstrichen, dass sie geschlossen hinter der Forderung nach einem branchenweit

im Vordergrund steht. Ein erster Erfolg in diesem Zusammenhang war die Einführung des Mindestlohns in diesem Aufgabenbereich, aber, so Fojkar, „natürlich wollen wir unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht dauerhaft nur nach Mindestlohn bezahlen. Sie leisten eine wichtige gesellschaftspolitische Aufgabe und müssen dafür fair bezahlt werden. Das ist unser Ziel bei den Verhandlungen über einen allgemein verbindlichen Branchentarifvertrag!“

Aufträge für den Vorstand

Zuletzt gaben die Mitglieder dem BBB-Vorstand noch den Auftrag mit, sich darum zu kümmern, dass die Zahlungsmodalitäten der BA verbessert werden. Eine Zahlungsfrist von mehreren Wochen, wie derzeit nicht unüblich, ist nicht hinnehmbar. Des Weiteren ist der Vorstand dazu aufgerufen, sich dafür einzusetzen, dass für die erkennbaren Kostenwüchse bei der BA die benötigten Finanzmittel auch politisch bereitgestellt werden. Die Finanzierung von gestiegenen Verwaltungskosten aus dem Eingliederungstitel ist aus arbeitsmarkt- und sozialpolitischer Sicht nicht akzeptabel.



Wiedergewählt: Thiemo Fojkar (M.) und seine beiden Stellvertreter Rudolf Helfrich (l.) und Achim Albrecht (r.)

Inhalt

- BBB-Mitgliederversammlung 2014: neuer Vorstand gewählt
- Thiemo Fojkar: Editorial
- Parlamentarischer Abend des BBB
- Berufliche Bildung zukunftssicher gestalten
- Berufsbildungsbericht 2014
- ESF-BAMF-Programm: Finanzierung von Sprachkursen weitgehend gesichert
- Neues zum DWT

geltenden, einheitlichen Tarifvertrag für die Beschäftigten bei den öffentlich geförderten Arbeitsmarktdienstleistungen stehen“, so Fojkar nach seiner Wiederwahl.

Der Abschluss eines solchen Branchentarifvertrags ist aktuell eines der wichtigsten Ziele des BBB. Er soll verhindern, dass einzelne Träger in diesem Bereich über eine Abwärtsspirale bei den Gehältern Wettbewerbsvorteile erringen können. Der BBB will erreichen, dass bei der Auftragsvergabe künftig wieder die Qualität der Dienstleistungen



Neu im Vorstand: Dirk Jedan (Kreishandwerkerschaft Märkischer Kreis) (links) und Jörg Becks (TÜV NORD Bildung GmbH & Co KG)

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

im Mai hat nicht nur Europa gewählt. Die Mitgliederversammlung des BBB hat ebenfalls die Weichen für die Zukunft unseres Bildungsverbandes gestellt und dem Vorstand ihr Vertrauen ausgesprochen. Besonders bedanken möchte ich mich bei Jürgen Halank, der für eine Wiederwahl nicht zur Verfügung stand. Neu in den Vorstand gewählt wurden Jörg Becks und Dirk Jedan.

Dieses klare Votum empfinden wir als Anerkennung unserer bisherigen Arbeit im Interesse der Mitglieder des BBB und gleichzeitig als Verpflichtung, uns noch stärker im arbeitsmarkt- und bildungspolitischen Raum zu profilieren.

So werden wir uns in den nächsten beiden Jahren für die Verbesserung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente und deren finanzielle Ausstattung einsetzen. Ein besonderes Anliegen ist uns nach wie vor die Liquiditätssicherung unserer Mitglieder durch eine zeitnahe Vergütung ihrer Leistungen, die sie im Auftrag der Bundesagentur für Arbeit erbringen. Bislang müssen beispielsweise Ausbildungsvergütungen und sogar die Sozialversicherungsbeiträge in diesem Bereich vom jeweiligen Dienstleister vorfinanziert werden. Mit dieser Praxis muss endlich Schluss sein!

Auf Bundesebene werden wir weiterhin intensiv Kontakt zu den arbeitsmarkt- und bildungspolitischen Sprecherinnen und Sprechern der im Bundestag vertretenen Parteien pflegen und aktiv unsere Erfahrungen bei der Entwicklung dieser wichtigen Politikfelder einbringen.

Die Geschlossenheit des Bildungsverbands in wichtigen Fragen ist eine unserer großen Stärken. Jetzt arbeiten wir zusätzlich daran, weitere Mitglieder anzuwerben, um noch kräftiger unsere Stimme erheben zu können. Aktuell sind fast 80 Träger, Institutionen und Unternehmen im BBB zusammengeschlossen. Wir streben eine dreistellige Mitgliederzahl an. Unterstützen Sie uns bitte dabei, indem Sie, wo immer es geht, auf die Vorteile und den Nutzen einer Mitgliedschaft in unserem Bildungsverband aufmerksam machen!

Eine der Hauptaufgaben in den kommenden zwei Jahren wird sicher der Abschluss eines allgemeinverbindlichen Branchentarifvertrags sein. Dieser soll den aktuell gültigen Mindestlohnvertrag spätestens Ende 2015 ablösen und zu deutlichen Verbesserungen für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter führen. Auf Bundesebene haben wir das Thema bereits positionieren können. An diesen Erfolg werden wir jetzt konsequent mit unserer Zweckgemeinschaft und anderen mit uns eng verbundenen Verbänden anknüpfen.

Ich wünsche Ihnen im Namen des gesamten Vorstandes für die bevorstehende Urlaubszeit viele erholsame Tage.

Herzlichst

Ihr

Thiemo Fojkar



Fortsetzung von S. 1

Thorben Albrecht, Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, erläuterte in seiner Rede vor den BBB-Mitgliedern die Ziele und Vorhaben der Bundesregierung für die Arbeitsmarktpolitik. Drei Schwerpunkte hat sich die neue Regierung gesetzt: die Übergänge Schule – Ausbildung – Beruf besser zu gestalten, Geringqualifizierten und Langzeitarbeitslosen neue Chancen zu erschließen sowie Zuwanderern einen besseren Einstieg in den



Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Für alle diese Ziele gilt: Bildung ist die wichtigste Grundlage, um Teilhabe und Integration zu verwirklichen. Das vierte Ziel ist es, den allgemeinen Mindestlohn einzuführen. Staatsse-

kretär Albrecht betonte am Ende seiner Ausführungen nochmals, dass die öffentlich geförderte Weiterbildung ein wichtiger Eckpfeiler der Arbeitsmarktpolitik der neuen Regierung sei. Daher schlug er vor, dass in Zukunft das BMAS, die BA und der BBB ein intensives Dreiergespräch pflegen mögen.

Parlamentarischer Abend des BBB

Podiumsdiskussion mit arbeitsmarktpolitischen Sprechern der Fraktionen

Im Anschluss an die Mitgliederversammlung des Bildungsverbandes am 8. Mai 2014 hatte der BBB Mitglieder und Gäste zu einer Podiumsdiskussion eingeladen, bei der die arbeitsmarktpolitischen Sprecher der vier im Bundestag vertretenen Fraktionen ca. 90 Minuten lang über aktuelle Themen der Arbeitsmarktpolitik diskutieren sollten. Doch es kam etwas anders: Die Podiumsdiskussion litt unter den kurzfristig im Bundestag terminierten namentlichen Abstimmungen. Erfreulich war deshalb, dass trotzdem drei der vier angekündigten Bundestagsabgeordneten den Weg zum BBB gefunden haben - wenn auch zum Teil zu unterschiedlichen Zeiten. Der Moderator Johannes Jakob, Referatsleiter beim

DGB-Bundesvorstand, konnte Katja Mast, (SPD), Brigitte Pothmer, (Bündnis90/Die Grünen sowie etwas später auch Karl Schiewerling (CDU/CSU) begrüßen, aber Aufgrund der sehr stark verkürzten Zeit nur wenige seiner Fragen stellen. So wurde nur die relativ geringe Erhöhung der Mittel für die Arbeitsmarktpolitik, die zunehmende Verwendung dieser Mittel für die Finanzierung von Verwaltungsaufgaben und die strittige Frage der Finanzierung der Altenpflege andiskutiert.

Gleichwohl will der BBB-Vorstand auch zukünftig daran festhalten, Abgeordnete zu den Mitgliederversammlungen einzuladen. Dies wird nur in Sitzungswochen gelingen - allerdings muss hier das Risiko von kurzfristigen Änderungen der Tagesordnungen im Parlamentsbetrieb in Kauf genommen werden.



Auf dem Podium diskutierten (v.l.n.r.): Brigitte Pothmer, (Bündnis90/Die Grünen, Johannes Jakob, (DGB-Bundesvorstand), Katja Mast, (SPD) sowie Karl Schiewerling (CDU/CSU)

Berufliche Bildung zukunftssicher gestalten – Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung stärken

Die Bundestagsfraktionen von CDU/CSU und SPD haben am 20. Mai 2014 einen Antrag zur Stärkung der beruflichen Bildung in den Bundestag eingebracht. Die in diesem Antrag eingebrachten Vorstellungen stellen die Grundlage für die Politik der jetzigen Bundesregierung im Bereich der beruflichen Aus- und Weiterbildung dar.

Der Wirtschaft gehen die Bewerber/-innen im Bereich des dualen Ausbildungssystems aus. So stellt der Antrag fest: „Mitte der 60er Jahre absolvierten 92 Prozent der jungen Menschen eine Berufsausbildung und nur acht Prozent begannen ein Studium. 2011 war die Quote der Ausbildungs- und Studienanfängerinnen und -anfänger mit 49,9 bzw. 50,1 Prozent annähernd gleich.“ Diese Tendenz will die Bundesregierung mit einer stärkeren Durchlässigkeit zwischen der beruflichen und hochschulischen Ausbildung stoppen. Denn, so der Antrag: „derzeit benötigen acht von zehn Berufsgattungen mit den größten Engpässen keine Akademiker, sondern durch eine Ausbildung beruflich Qualifizierte“. Es gelinge einfach nicht mehr, Jugendliche für die duale Ausbildung zu begeistern.



Der Antrag lenkt das Augenmerk besonders auf folgende Bereiche:

- die Ausbildung junger Menschen in kleinen und mittleren Unternehmen fördern
 - Verstärkung der „Bildungsketten“ von der Potenzialanalyse, der Berufsorientierung, individueller Begleitung in die Ausbildung und Unterstützungsmaßnahmen während der Ausbildung (z.B. Ausbildungsbegleitende Hilfen - abH)
 - berufliche Bildung durch die Verbesserung der Aufstiegschancen populärer machen (durch strategische Aus- und Weiterbildung sowie systematische Qualifizierungsmöglichkeiten Zukunftsperspektiven eröffnen)
 - Evaluation und ggf. Novellierung des Berufsbildungsgesetzes
 - Zusammenwirken aller an der Ausbildung Beteiligten – Bund, Länder, Sozialpartner, Berufsschulen – im Sinne der Jugendlichen und zur Bewältigung des Fachkräftemangels.
- Der Antrag fordert die Weiterentwicklung des Nationalen Pakts für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs 2010-2014 in eine Allianz für Aus- und Weiterbildung, die Evaluation des Berufsbildungsgesetzes, das Bekenntnis zum Konsensprinzip in der Berufsordnungsarbeit von öffentlicher Hand und Sozialpartnern, die engagierte Fortführung der bisher durch die Initiative „AusBILDUNG wird was - Spätstarter gesucht“ durchgeführten Ausbildungsförderung von jungen Erwachsenen ohne Berufsabschluss sowie die zahlreichen Maßnahmen und Programme zur beruflichen Bildung zusammenzufassen, zu vernetzen und in Deutschland flächendeckend auszubauen.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich für eine noch höhere Durchlässigkeit im Bildungssystem und die Gleichwertigkeit der beruflichen und akademischen Bildung einzusetzen. Die Sozialpartner werden aufgefordert, zur Sicherung des Fachkräftebedarfs gemeinsam mit Bund, Ländern und weiteren Akteuren der Berufsbildung dafür Sorge zu tragen, dass jeder Jugendliche im Sinne einer Ausbildungs-garantie eine duale Ausbildung erfolgreich abschließen kann.

Berufsbildungsbericht 2014

Der Ausbildungsmarkt verändert sich

Der am 09.04.2014 im Bundeskabinett beschlossene Berufsbildungsbericht 2014 zeigt: Der Ausbildungsmarkt befindet sich in einer Krise: Trotz einer robusten Konjunktur und steigender Schulabgängerzahlen wurde 2013 ein historischer Tiefstand bei neuen Ausbildungsverträgen erreicht. Zugleich stieg die Zahl unbesetzter betrieblicher Ausbildungsplätze auf einen Höchststand. Eine zentrale Herausforderung stellen die zunehmenden Matchingprobleme am Ausbildungsmarkt dar. Betriebe klagen über Schwierigkeiten, geeignete Jugendliche für ihre Ausbildungsstellen zu finden. Auf der anderen Seite gibt es noch zu viele Jugendliche, denen der Einstieg in Ausbildung nicht unmittelbar gelingt.

Der Bericht zeigt aber auch, dass die duale Berufsausbildung weiterhin einen hohen Stellenwert in Deutschland hat. Mehr als die Hälfte eines Altersjahrgangs beginnt eine Ausbildung in einem der circa 330 nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG) und der Handwerksordnung (HwO) anerkannten Ausbildungsberufe. Bundesweit gab es Ende 2012 rund 1,43 Millionen Auszubildende. Ein entscheidender Vorzug des dualen Berufsausbildungssystems ist die Nähe zum Beschäftigungssystem. Laut EUROSTAT verzeichnet Deutschland mit unter 8% die niedrigste Jugenderwerbslosigkeit in Europa.

Der Berufsbildungsbericht 2014 zeigt, dass die duale Berufsausbildung vor einer Reihe von Herausforderungen steht, die es - auch im Hinblick auf den drohenden Fachkräftemangel - erforderlich machen, Veränderungen herbeizuführen.

Den Berufsbildungsbericht können Sie von der Seite des BMBF unter: www.bmbf.de/de/berufsbildungsbericht.php herunterladen (165 Seiten, PDF - 1,83 MB).

Finanzierung von Sprachkursen weitgehend gesichert

ESF-BAMF-Programm wird bis Ende 2014 fortgesetzt – BMAS stellt weitere 34 Millionen Euro zur Verfügung

Durch den am 1. April verhängten Mittelstopp für berufsbezogene Deutschkurse drohten bis Jahresende rund 20.000 Migrantinnen und Migranten von Sprachförderung ausgeschlossen zu werden. Dies hätte für die gesellschaftliche und berufliche Integration der Betroffenen weitreichende Konsequenzen gehabt. Bisher haben rund 120.000 Migrantinnen und Migranten am ESF-BAMF-Programm teilgenommen, das Deutschunterricht, berufliche Qualifizierung und Praktikum miteinander verbindet. Aufgrund seiner hohen Erfolgsquote erfreut es sich bei Lernenden ebenso wie bei arbeitsmarktrelevanten Akteuren höchster Wertschätzung.

Deshalb stieß die Aussetzung des Programms bei den betroffenen Teilnehmern, Trägern und Kursleitenden auf völliges Unverständnis.

Durch die Entscheidung, alle ab 1. April beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) eingehenden Kursanträge kurzfristig abzulehnen, wurden zudem erfolgreich aufgebaute Strukturen zur beruflichen Integration von Migrantinnen und Migranten aufs Spiel gesetzt.

Die Weiterbildungsverbände appellierten bereits wenige Tage nach Bekanntwerden des Mittelstopps ge-

meinsam an die Politik sowie an das für die Gewährung der ESF-Mittel zuständige Bundesministerium für Arbeit und Soziales, einzulenken und die dringend notwendigen Mittel schnellstmöglich bereit zu stellen.

Nun kündigte das BMAS in einer Pressemitteilung vom 30.04.14 an, zusätzliche ESF-Mittel in Höhe von rund 34 Millionen Euro für die Fortführung des Programms bis zum 31. Dezember 2014 bereitzustellen. So kann das Programm, das noch aus der alten ESF-Förderperiode 2007 bis

2013 stammt und ursprünglich bereits Ende Dezember 2013 ausgelaufen wäre, auch bis Ende 2014 fortgesetzt werden. Ein ESF-finanziertes Nachfolgeprogramm wird es ab 2015 geben.

Durch die nun gefundene Lösung wird ein gleitender Übergang in die neue Förderperiode gewährleistet. Allerdings ist das zur Verfügung stehende Mittelvolumen aus Sicht des Bildungsverbandes nicht ausreichend. Nicht alle Wünsche werden bedient werden können, teilt auch das BMAS mit. Um sicherzustellen, dass die zusätzlichen Finanzmittel für Kursdurchführungen bis Ende 2014 reichen, ist eine finanztechnische Steuerung durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) notwendig.



Neues zum Deutschen Weiterbildungstag

Ideen, Tipps und Checklisten - der neue Aktionsleitfaden ist online

Für alle, die gerne mit der Planung ihrer Aktionen loslegen wollen, aber nicht so genau wissen, wie, gibt es den aktualisierten »Aktionsleitfaden« zum Weiterbildungstag 2014. Die 84 Seiten starke Broschüre hilft Ihnen, eine Aktion zum Weiterbildungstag zu planen, zu organisieren oder in die Presse zu bringen. Neben kreativen Ideen, praktischen Tipps und nützlichen Checklisten hält der Leitfaden in diesem Jahr erstmals einen Exkurs mit speziellen Ideen zum Motto 2014 bereit: »europa BILDEN«. Sie finden den Aktionsleitfaden als Ganzes oder in handlichen Einzelkapiteln hier: <http://www.deutscher-weiterbildungstag.de/mitmachen/aktionsleitfaden.html>



Das ESF-BAMF-Programm verbindet Deutschunterricht, berufliche Qualifizierung und Praktikum.

Herausgeber:

Bundesverband der Träger beruflicher Bildung (Bildungsverband) e.V.

Französische Straße 8
10117 Berlin
Tel. 030 20454849

Verantwortlich:
Thiemo Fojkar, Vorsitzender

Redaktion:
Peter Rother und Andreas Nierhaus
Tel. 040 35094 212
peter.rother@daa-stiftung.de
www.bildungsverband.info

Ausgabe Juni 2014